

email vom Taghann am 26.7.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Integrationsräte in Nordrhein-Westfalen und die kommunale Integrationspolitik insgesamt sind durch die Ankündigung der Landesregierung im Koalitionsvertrag vom 16.06.2017 enorm unter Druck geraten. Uns alle hat im vergangenen Jahr die Frage bewegt, ob die politischen Partizipationsmöglichkeiten der Migrantinnen und Migranten eingeschränkt werden sollen und ob es zur Wiedereinführung von Integrationsausschüssen kommt. An dieser Stelle bedanke ich mich herzlich bei Ihnen für Ihr Engagement, mit dem öffentlich deutlich gemacht wurde, dass die Menschen mit Migrationshintergrund eine Beschneidung ihrer Rechte nicht kritiklos hinnehmen werden.

Mit dieser E-Mail möchte ich Sie über die aktuellen Entwicklungen bezüglich einer möglichen Gesetzesänderung informieren:

Die Landesregierung hat im Mai einen ersten Gesetzentwurf vorgelegt und den Landesintegrationsrat sowie andere Verbände um Stellungnahme gebeten. Der Gesetzentwurf bestätigte leider unsere Befürchtungen und hat uns veranlasst, die Vorschläge der Landesregierung zur Änderung des § 27 der Gemeindeordnung NRW weitestgehend abzulehnen. Anlässlich der nun bekannten konkreten Pläne seitens der Landesregierung wurden am 19.05.2018 ein Treffen der Integrationsratsvorsitzenden und am 16.06.2018 eine außerordentliche Mitgliederversammlung durchgeführt, um gemeinsam über das weitere Vorgehen zu beraten.

Die Änderung des § 27 der Gemeindeordnung war im Rahmen des Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften vorgesehen. Dieses Gesetz mit der Drucksachen-Nr. [17/2994](https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-2994.pdf) wurde am 13.07.2018 im Plenum des Landtages NRW behandelt (1. Lesung des Gesetzes). Allerdings wurde der Abschnitt im Gesetz, der den § 27 der Gemeindeordnung betrifft, entfernt und ist nicht mehr Teil des Gesetzes! Ich schliesse daraus, dass die Landesregierung die Änderung des § 27 vorerst aufgehoben hat. Weitere Informationen zu Änderungsplänen der Landesregierung liegen mir derzeit nicht vor. In einem Schreiben an Integrationsminister Dr. Stamp habe ich den Willen zur Zusammenarbeit mit der Landesregierung erneut zum Ausdruck gebracht und um ein Treffen gebeten. Das Treffen sollte aus meiner Sicht in der Woche vor unserer nächsten Hauptausschusssitzung am 22.09.2018 in Troisdorf stattfinden. Minister Stamp hat seine Teilnahme an der Hauptausschusssitzung zugesagt, so dass dann Gelegenheit sein wird, mit ihm über die neusten Entwicklungen zu diskutieren.

Das Ziel des Landesintegrationsrates ist, die politische Teilhabe der Migrantinnen und Migranten in unserem Land voranzutreiben und die Integrationsräte zu stärken. Wir haben in der Vergangenheit stets gut mit der Landesregierung unabhängig von Parteizugehörigkeiten zusammengearbeitet und ich bin zuversichtlich, dass dies auch mit der derzeitigen Landesregierung gelingt. Ich bin daher optimistisch, dass mein Treffen mit dem Minister und die Aussprache mit ihm in der Hauptausschusssitzung positive Ergebnisse im Sinne einer teilhabeorientierten Integrationspolitik erzielen werden.